

Tilman Santarius

Gerechtigkeit gesucht

In den Klimaverhandlungen geht es um Fragen der globalen Fairness

Früher ging es um den Schutz der Atmosphäre, heute geht es um globale Gerechtigkeit. Die Klimaverhandlungen sind längst nicht mehr reine Umweltkonferenzen. Sie sind zu dem Forum aufgestiegen, welches die Regeln für Fairness in der Weltgesellschaft festlegt.

Von je war internationale Gerechtigkeit die *raison d'être* von Entwicklungskonferenzen, später hofften viele Entwicklungsländer darauf bei Welthandelskonferenzen. Mittlerweile aber entscheidet sich die Frage der Gerechtigkeit vor allem an der Gestalt des Klimaschutzabkommens für die Zeit nach dem Kyoto-Protokoll (ab 2012). Wird der Schutz der Menschenrechte von dem künftigen Abkommen als wichtigstes Ziel explizit anerkannt werden? Welches Land darf seine Emissionen noch wie stark erhöhen, und welche Unterstützung gewährt der Norden für ein nach-fossiles Wachstum im Süden? Und wie viel Geld wird darüber hinaus als Kompensation für bereits stattgefundene Klimaschäden entrichtet? Dies sind die drei Fragen, welche die Agenda der gegenwärtigen Klimaverhandlungen bestimmen. Und gleichzeitig sind es die Grundfragen globaler Gerechtigkeit.

Klimaschutz ist Menschenrecht

Schon heute haben die Folgen des Klimawandels direkte Auswirkungen auf Menschenrechte. Von den höchsten Breiten bis zum Äquator werden Menschen aufgrund der bereits gestiegenen globalen Durchschnittstemperatur von 0,9 Grad Celsius in ihrer wirtschaftlichen Sicherheit und Kultur

gefährdet. Jäger der Inuit im Norden Kanadas verschwinden auf der Jagd, da die herkömmlichen Routen über das Eis nicht mehr tragfähig sind. Bäuerinnen in Zentralafrika verlieren die Existenzgrundlage ihrer Familien, weil Extremniederschläge und Überschwemmungen ihre Ernten davonspülen. Wenn die Erdatmosphäre sich erwärmt, wird die Natur instabil. Für Menschen, die direkt von der Natur leben, bringt das Klimachaos daher gleichzeitig ein soziales und ökonomisches Chaos mit sich.

Die Treibhausgasemissionen auf ein Niveau abzusenken, welches den Schutz der Menschenrechte garantiert, muss daher das wichtigste Ziel der gegenwärtigen Klimaverhandlungen sein. Die Allianz der Inselstaaten, die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder sowie 15 lateinamerikanische Staaten – zusammen immerhin mehr als 100 Länder – fordern eine Begrenzung der globalen Emissionen auf ein Niveau, das einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur von maximal 1,5 Grad erlaubt.

Die EU und einige weitere Länder haben hingegen 2 Grad als tolerable Schwelle festgelegt – ungeachtet der Tatsache, dass bei diesem Temperaturanstieg schon etliche Inseln im Pazifik und Küstenregionen in Entwicklungsländern vom steigenden Meeresspiegel verschluckt würden. Schlimmer aber

ist, dass die Emissionsminderung von minus 30 Prozent bis 2020 gegenüber dem Emissionsniveau von 1990, welche die EU in den internationalen Verhandlungen anbietet, bei weitem nicht ausreicht, um selbst die Begrenzung auf zwei Grad Erwärmung sicherzustellen. Und die USA bieten derzeit gar nur eine Stabilisierung ihrer Emissionen auf dem Niveau von 1990 an. Bis 2020 müssen die Industrieländer jedoch mindestens 40 Prozent, bis 2050 gar 80 bis 90 Prozent ihrer Emissionen vermeiden, wenn das Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls dem Schutz der Menschenrechte Rechnung tragen soll.

Entwicklungschancen des Südens auf dem Spiel

Wenn die Industrieländer ihre Emissionen nur moderat mindern, bedeutet dies automatisch, dass die Entwicklungsländer umso mehr tun müssen, wenn die gefährliche Schwelle von 1,5 Grad globale Erwärmung noch gehalten werden soll. Der Streit darüber, welche Länder bis 2020 und 2050 wie viel Emissionen vermeiden müssen, ist der wichtigste Konflikt in den gegenwärtigen Verhandlungen. Denn er bedeutet im Umkehrschluss eine Antwort auf die Wachstumsfrage: Wer darf in Zukunft noch wie viel Kohle, Öl und Gas verbrauchen?

Als 1992 die Klimarahmenkonvention und 1997 das Kyoto-Protokoll verabschiedet wurden, war noch klar, dass Emissionsminderungspflichten nur für Industrieländer gelten sollten. In der Zeit nach 2012 aber



Klima-Ungerechtigkeit in der Inneren Mongolei, China: Zum Klimawandel hat dieser Kamelbesitzer bestimmt nicht beigetragen. Doch alle seine 80 Tiere sind aufgrund ausbleibender Niederschläge und des damit verbundenen Verlusts von Weideland eingegangen Foto: Lu Tongjing/Greenpeace

werden auch die Länder des Südens ihre Emissionen verringern müssen. Die aber wenden entrüstet ein, dass der Norden bisher seine Hausaufgaben nicht erledigt habe: In den meisten Industrieländern wurden die Pflichten aus dem Kyoto-Protokoll bis heute nicht eingehalten, und die USA sind gänzlich ausgeschert. Daher fordern sie finanzielle Unterstützung, wenn sie sich aktiv am Klimaschutz beteiligen sollen. Tatsächlich kam es auch nur unter dieser Maßgabe überhaupt zur laufenden Verhandlungsrunde für ein Kyoto-Nachfolgeabkommen: Die Höhe der Minderungsanstrengungen des Südens wurde an die Bedingung geknüpft, dass der Norden dafür Finanzen und Technologien zur Verfügung stellt.

Zwischen 100 und 200 Milliarden US-Dollar, so schätzen der Stern-Report und der Weltklimarat IPCC, seien jährlich vonnöten, um dem Süden den Einstieg in einen post-fossilen Entwicklungspfad zu finanzieren. Gemessen an der gegenwärtigen Entwicklungshilfe von weltweit rund 100 Milliarden US-Dollar ist das eine horrende Summe. Ob die Geberländer sie aufbringen werden, wird nicht nur vom Verlauf der Wirtschaftskrise und anderen Hemmnissen abhängen. Sie wird auch davon abhängen, wie das Geld im Süden sinnvoll eingesetzt werden soll.

Hier stecken die gegenwärtigen Klimaverhandlungen in einer Falle: Der Norden will keine Summen nennen, ohne zu wissen, wofür das Geld verwendet wird; der Süden aber möchte erst eine klare finanzielle Bereit-

schaft vom Norden hören, bevor konkrete Klimaschutzaktivitäten in den eigenen Ländern diskutiert werden. Sollte der Norden nur wenig Unterstützung bieten und der Süden entsprechend nur wenig Emissionen vermeiden, wird Klimaschutz indes nur scheinbar zugunsten von Gerechtigkeit geopfert. Am Ende trifft es doch wieder die verwundbaren Gruppen im Süden, die unter der globalen Erwärmung am meisten leiden.

Kompensationen als Messlatte für Gerechtigkeit

Diese Gruppen fordern schon lange, dass sie ungeachtet aller zukünftigen Minderungsanstrengungen des Nordens für die bereits stattgefundenen Klimafolgen entschädigt werden müssen. Konkret bedeutet das Hilfe für die Anpassung an den unvermeidbaren Klimawandel. Im Kyoto-Protokoll wurde das Thema Anpassung nur am Rande behandelt. Es wurde zwar ein Anpassungsfonds etabliert, doch das Finanzvolumen des Fonds bewegt sich auf bescheidenem Niveau. Und weder die Zahlungen in den Fonds noch der Mittelabfluss sind an Prinzipien der Gerechtigkeit gekoppelt.

In Zukunft muss weit mehr der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die Erderwärmung bisher in erster Linie von den Industrieländern verursacht wurde, die Länder des Südens aber das Gros der Auswirkungen zu tragen haben. Nach dem Verursacherprinzip stehen die Industrieländer

heute bereits in der Verantwortung, Entschädigung für die Kosten Unbeteiligter zu leisten. Erforderlich ist schon jetzt, die medizinische Grundversorgung zu verstärken, Deiche zu erhöhen, BewohnerInnen hochwassergefährdeter Gebiete umzusiedeln sowie landwirtschaftliche Praktiken auf Klimarisiken vorzubereiten. Auch hier geht es wieder um große Summen: Die Kosten für Anpassungsmaßnahmen im Süden werden auf 50 bis 86 Milliarden US-Dollar jährlich geschätzt.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass das Thema Anpassung der blinde Fleck in den gegenwärtigen Verhandlungen werden könnte. An einer deutlichen globalen Emissionsminderung wie auch an der Hilfe für Minderungsaktivitäten im Süden haben die reichen Länder ein gutes Stück Eigeninteresse. An der Anpassung von verwundbaren Gruppen im Süden hingegen kaum. Doch ohne einen Schwerpunkt auf die Anpassung an den Klimawandel wird Klimapolitik nie gerecht sein. Die Höhe der Kompensationen für bereits erfolgte Klimaschäden wird insofern offenlegen, ob die Klimaverhandlungen gegenüber vielen enttäuschenden Entwicklungs- und Handelskonferenzen in der Vergangenheit tatsächlich das bessere Forum sind, um Fairness in der Weltgesellschaft anzustreben.

Tilman Santarius arbeitet für die Heinrich Böll Stiftung. Er ist Koautor des Reports „Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit“ vom Wuppertal Institut (Beck Verlag, 2005).